

Parlamentswahlen in Pakistan: Die Wähler sehnen sich nach einem neuen Gesicht, und die Armee steht einsatzbereit im Hintergrund

Ein Ex-Cricket-Star verspricht Hoffnung und Rache

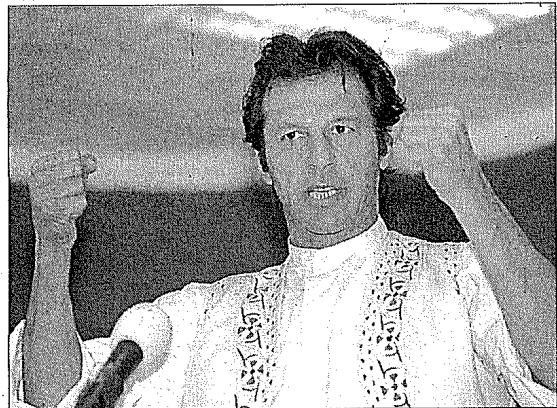
VON WASEEM HUSSAIN

In einer fast zweistündigen Fernsehansprache gaukelte Staatspräsident Faruk Leghari dem Volk seine demokratischen Rechte vor: «Geht an die Urnen!» fordert er seine «lieben Mitbürger» zynisch auf, denn «schlimmer kann es nicht mehr werden». Er lässt sich aus über Ursachen und Wirkungen des ökonomischen Kollapses, die Insolvenz des Staates, die

Gerade davon hat die Mehrheit der Bevölkerung aber entschieden genug. Während der letzten zwanzig Jahre haben die Pakistaner von ihren Machthabern nur gelernt, wie man Land und Leute demütigt, ausnimmt und schliesslich wegwirft. Nun sind sie ihrer antrainierten Gleichgültigkeit und Lethargie zwar überdrüssig, doch wie gelähmt. Kein Wunder, ist der Ruf nach einem Systemwechsel überall zu hören. Alles sehnt sich nach neuen Gesichtern an der Spitze der Macht.

niger, Bestechung und Korruption werden zurückgebunden. Die Proporzwahl würde allerdings (wie auch die Konföderations-Idee) eine Verfassungsänderung verlangen. Die gültige Verfassung schreibt jedoch vor, dass Pakistan am 3. Februar wählt. Und so bleibt den Wählern nur die Suche nach einem neuen Führer.

Der Mann der Stunde könnte Imran Khan heissen. Er ist jung, 44 Jahre alt, und populär, hat ein kämpferisches Charisma und hat als ehemaliger Cricketspieler die pakistanische Nationalmannschaft mehrmals zur Weltmeisterin gemacht. Mit seiner Krebsklinik in Lahore, die angeblich alle Armen kostenlos behandelt, spielt er zudem den Wohltäter. Als langjähriger Mannschaftskapitän hat Imran Khan Führungseigenschaften erworben, von denen man nur zu gerne glaubt, sie machten aus ihm auch einen guten Premierminister. Seines Heldentums wegen ist er für Kinder und Jugendliche ein Idol, für Mütter und Töchter der Traumbrautjungfrauen schlechthin. Und obwohl die Mehrheit der stimmfähigen Alter – ihm diesen pseudoerotischen Kredit nicht gibt, ist er auch für viele Männer der letzte Hoffnungsträger der Nation überhaupt. Doch seine politische Agenda ist ein unbeschriebenes Blatt, seine Partei, die Tehrik-e-Insaf (PTI; Gerechtigkeitbewegung), noch nicht einmal ein Jahr alt. Gerade daraus vermag die Partei aber politisches Kapital zu schlagen, weil sie keine Erinnerungen an Korruption und Staatsplünderung weckt. Und falls man ihn wählt, verspricht Imran Khan Rache: «Ein Dutzend korrupte Politiker werden wir hängen, damit jeder weiss, wo's langgeht.»



Sportidol und Traumbrautigam – Ex-Cricket-Star Imran Khan als Wahlkämpfer

Korruption und die Vetternwirtschaft und kündigt «umfassende Reformen» an. «Ich möchte», wird er zum Schluss noch pathetisch, «dass der 5. November 1996 in die Geschichte eingeht. Ihr sollt euch an den Tag erinnern, als all dies aufgehört hat.» Die Botschaft des Präsidenten ist unmissverständlich: demer er selbst auf Stimmengang aus. Er, der letzten November Parlament und Premierministerin nach eigener Darstellung «zum Wohle des Volkes» abgesetzt hat, will nun ein gewähltes Parlament, das seinerseits ihn als Präsidenten behält.

Aber Pakistan ist ratlos. Am Flughafen von Lahore fragen die Zöllner: «Haben Sie ferngesehen? Sie müssen es wissen, Sie sind ein ausländischer Journalist. Bitte sagen Sie uns, wen sollen wir am 3. Februar wählen?» – Die Antwort des Journalisten ist den Zöllnern kein Trost: Pakistan hat nur schlechte Optionen, es gelte deshalb, die am wenigsten schlechte zu wählen.

Die schlechteste ist Benazir Bhutto. Nunmehr zum zweitenmal wurde sie am 5. November nach unvollendeter Legislatur von ihrem Amt als Premierministerin abgesetzt, gestützt auf den Achten Verfassungszusatz, der es dem Präsidenten erlaubt, dies unter bestimmten Voraussetzungen zu tun. Die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen dazu waren mehr als gegeben. Die juristischen erst recht, denn es war Benazir Bhutto, die vor zwei Jahren den Befehl gegeben hatte, politische Aktivisten in den ethnischen Unruhen in Karachi ohne jede rechtliche Grundlage an Ort und Stelle hinzurichten. Doch Benazir Bhutto hinterlässt keine Spuren. Ehemalige Mitarbeiter erzählen, sie habe wichtige Dokumente nie selber unterzeichnet. Der pakistanischen Selbst wird es deshalb schwerfallen, sie für irgend etwas zur Rechenschaft zu ziehen. Und so steigt Benazir Bhutto wieder in den Wahlkampf. Das Parteienmanifest allerdings, das sie kürzlich veröffentlicht hat, scheint ein schlechter Witz, denn unterm Strich besagt es nichts anderes als: «Wir werden unseren Kurs weiterverfolgen.»

Pakistan erlebt zur Zeit einen entscheidenden Augenblick seiner Geschichte. Knapp fünfzig Jahre nach seiner Loslösung von Indien sieht es sich mehr als je zuvor der Tatsache gegenüber, dass es nicht als Willens-, sondern als Unwillensnation entstanden ist. Im Britisch-Indien vor 1947 hatten Mahatma Gandhi, Lord Louis Mountbatten und Mohammed Ali Jinnah (der Staatsgründer Pakistans), jeder auf seine Weise stur, eine Situation herbeigeführt, in welcher Muslime und Hindus nicht mehr zusammenleben wollten. Folge dieses negativen Willensausdrucks war die Abspaltung – und nicht die Unabhängigkeit – des neuen Landes Pakistan.

Ein Land, von dessen Auseinanderbrechen schon seit seiner Entstehung immer wieder die Rede ist. Die neuste secessionistische Tendenz vertritt Mumtaz Bhutto, ein Cousin von Benazir Bhuttos Vater. Mumtaz Bhutto schwebt ein konföderatives System für Pakistan vor, ein

Idee, die er als politisches Manifest in einem Büchlein mit rotem Deckel und weisser Schrift darstellt, da sie ihm bei einem Kurzaufenthalt in der Schweiz gekommen sein soll. Ein konföderatives System setzt aber einen Gesellschaftsvertrag voraus, der, als Spiegel einer verbindenden Geschichte und eines Konsenses darüber, wie man ethnisch, sprachlich, wirtschaftlich und politisch mit- und nebeneinander leben will, in Pakistan fehlt. Überdies würde die von Mumtaz Bhutto geplante Konföderation vor allem seiner heimatlichen Provinz Sindh zugute kommen. Die zwölf Millionen Einwohner in deren Wirtschaftsmetropole Karachi sollen davon befreit werden, die übrigen hundertachtzig Millionen Pakistaner zu ernähren.

Sinnvoller scheint da der Vorschlag aus verschiedenen führenden Kreisen, das jetzige System der Majorwahl auf jenes der Proporzwahl umzustellen und hierfür die Wahlen um zwei Jahre zu verschieben. Die Vorteile liegen auf der Hand: Man wählt zunächst keine guten Redner, sondern Parteien und Programme; im Parlament werden selektive Allianzen und dunkle Händel unnötig, weil der Kampf um Mehrheitsstimmen entfällt; Minderheiten haben bessere Chancen; die Kampagnen kosten we-

Gegenspieler mit Chancen

Imran Khan hat vor einem Jahr Jamina Goldsmith geheiratet, die Tochter des jüdischen Londoner Geschäftsmannes und Politikers Sir James Goldsmith. Diese stellt Khans wichtigster Gegenspieler, der ehemalige pakistanische Premierminister Nawaz Sharif, als jüdische Konspiration in unserem islamischen Land dar. Auch Nawaz Sharif selbst (von der Pakistan Muslim League) möchte nämlich wieder an die Macht, und an Gefolgschaft fehlt es ihm nicht. Denn obwohl er zu den alten Gesichtern der Machtelite gehört, konnte er während seiner Regierungszeit immerhin die Wirtschaft ankurbeln und die obere Mittelschicht vergrössern. Trotz seiner bekannten Anfälligkeit für Korruption werden daher viele Pakistaner wieder für ihn stimmen.

Es ist daher gut möglich, dass der ansonsten eher farb- und willenlose Nawaz Sharif wieder gewählt wird, unter anderem dank kräftiger Nachhilfe von Präsident Leghari, der es seinerseits auf ein Präsidentsystem abgesehen hat. Nawaz Sharif hat inoffiziell bereits erklärt, sich nach zwei Jahren (wenn die fünfjährige Legislatur der zuletzt ordentlich gewählten Regierung vorüber ist) Neuwahlen zu stellen. Das gäbe dem Präsidenten den erwünschten Zeitrahmen, seine Pläne in die Tat umzusetzen. Doch weil das Oberste Gericht ihm aus verfassungsrechtlichen Gründen hierbei einen Strich durch die Rechnung machen könnte, scheint er sich vorläufig beide Optionen – Nawaz Sharif und Imran Khan – offenzuhalten. Falls Imran Khans PTI nämlich zusammen mit einigen kleinen Parteien genug Minderheitsstimmen für eine Regierungsmehrheit auf sich vereinen kann, wäre in Pakistan auch eine Koalitionsregierung denkbar. Und diese hätte für den Präsidenten den Vorteil, dass sie politisch schwach, zerbrechlich und somit besser manipulierbar wäre. An ihrer Spitze stünde Imran Khan als ein Premierminister mit beschränktem Handlungsspielraum.

Dass der Präsident den Premierministerposten eigentlich abschaffen will und dabei sowohl vom Obersten Gericht (von diesem allerdings nur teilweise und eher unwillentlich) als auch von der Armeeführung unterstützt wird, zeigt sich ferner an zwei aktuellen Ereignissen. So hat das

Oberste Gericht als Antwort auf eine Petition am 10. Januar den Achten Verfassungszusatz für gültig und somit die Absetzung Benazir Bhuttos durch den Präsidenten für Rechtens erklärt; für den Präsidenten ein klares Zeichen betreffend seine Machtbefugnisse. Den entscheidenden Schritt zum Präsidentsystem tat Präsident Leghari aber am 7. Januar, als er einen Nationalen Sicherheitsrat ins Leben rief, dessen Vorsitzender er selbst ist. An seiner Seite stehen die Chefs von Armee, Luftwaffe und Marine, der Premierminister sowie die Minister für Verteidigung, Auswärtiges, Inneres und Finanzen. Theoretisch und offiziell ist die Meinung des Sicherheitsrates für die Regierung nicht bindend. Aber weil Pakistan – offen oder verdeckt – schon immer von der Armee regiert wor-

den ist, wird es jedem Premierminister schwerfallen, sich nicht an die Weisungen des Sicherheitsrates zu halten.

Zur Zeit kursieren Gerüchte, dass der Senat zurücktreten und damit die bevorstehenden Wahlen sabotieren könnte, um die Pläne des Präsidenten zu durchkreuzen. In diesem Falle würde der Präsident die Führung des Landes dem Sicherheitsrat übertragen, bis die neue Regierung gewählt ist. Eine erhöhte Militärpräsenz und nächtliche Ausgangsverbote wären die Folge. Aber auch wenn die Wahlen am 3. Februar stattfinden und es dabei aufgrund verschiedener angelegender Boykotte zu Unruhen kommt, könnte der Sicherheitsrat der Armee den Marschbefehl geben. Beide Szenarien wären nicht gerade das, wonach sich Pakistan sehnt. ☹

KLAUS BÖLLING: Zwischenrufe

In paar Tränen mögen fliessen, wenn es wirklich Remedy geben soll, doch gewiss nicht Blut. Nur ein wenig Schweiß müsste wohl die Stirnen jener Deutschen netzen, die da vorgeben, sie sorgen sich, dass die Ausländer ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Die vielfältig belegte Wahrheit sieht anders aus: In der Delegation lästiger Arbeiten, die aber unumgänglich verrichtet werden müssen, damit die Wohlstandsgesellschaft nicht kollabiert, sind die Bundesdeutschen allen anderen Europäern weit voraus. Was müssen das für dumme Schafe sein, die sich drüben in Amerika unter das Joch der «McJobs» beugen.

Die Deutschen werden nach einer Schätzung der Tourismusexperten in diesem Jahr mit neunzig Milliarden Mark ihr unstillbares Fernweh lindern, ein Fünftel des gesamten Staatshaushalts. Und weil viele von ihnen erheblich mehr als dreissig Tage Jahresurlaub geniessen, gar nicht so wenige sogar um die vierzig, wird die Bundesrepublik auch bei mehr als vier Millionen Arbeitslosen ihren Rang als «Weltmeister» im Reisen behaupten. Umfragen signalisieren, die Deutschen hätten begriffen, dass sie etwas einfacher leben und sich mehr ins Zeug legen müssen. Doch die wenigsten, die auf der Höhe solcher Einsicht zu sein behaupten, sind zu Konsequenzen aufgeleitet.

Das lässt sich abermals beobachten, seit die Regierung ihre Pläne für eine Steuerreform vorgelegt hat. Da schwellen den Interessenverbänden die Muskeln, und die grosse Mehrheit, nachdem sie sich über die neuen, aber noch nicht beschlossenen Steuertabellen gebeugt hat, hebt zu lamentieren an. Das Besitzstandsdenken ist ungebrochen, und das Wehgeschrei über die «soziale Schieflage» des Konzepts überbietet die Stimmen derer, die sich um eine sachliche Würdigung der Vorschläge bemühen.

Fachleute, die nicht im Sold der Regierung stehen, zögern nun zwar, der vom Finanzminister geschneiderten Reform den Charakter eines Jahrundertwerks zu bescheinigen, versagen Theo Waigel aber nicht den Respekt, weil der immerhin den Mut aufgebracht hat, ein Stück mehr Gerechtigkeit in das Steuersystem zu implantieren. Diese Fachleute halten die Einschätzung des Kanzlers Kohl, es handle sich um einen «grossen Wurf», für reichlich übertrieben, sprechen aber, fast alle, von einem «Schritt in die richtige Richtung».

Wenn sogar die linksliberale «Frankfurter Rundschau» in den Vorstellungen Waigels nicht eine «Umverteilung von unten nach oben» wahrnimmt, kann Waigel solches Lob wie einen Orden tragen. Das Kampfgeschrei, der Minister habe seine Reform wesentlich den «Besserverdienenden» gewidmet, klingt so überzeugend nicht.

Gegen allerhand Widerstände hat Waigel nicht alle, aber doch viele Schlupflöcher gerade für die immer noch wachsende Zahl

von Einkommensmillionären zugestopft, denen es bis heute gelingt, den Fiskus legal zu bemogeln. Den Reichen kann das Reformkonzept also nicht ungetrübte Freude bereiten. Die «kleinen Leute» jedenfalls werden etwas mehr in der Tasche behalten.

Da die Steuerreform erst nach der Bundestagswahl von 1998 wirksam werden soll, weil manche Elemente der Reform unter Fachleuten strittig sind, weil die Sozialdemokraten im Bundesrat das ganze Konzept in Frage stellen werden und Widerstände auch aus den Reihen von Kohls eigener Partei kommen, muss Helmut Kohl seine ganze Autorität einsetzen, damit die Reform nicht scheitert. Er kann darauf verweisen, dass das neue Konzept die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik verbessert, weil ausländisches Kapital künftig ähnlich freundlich behandelt würde wie in Frankreich, England oder Belgien. Ob fremde Investoren allein durch niedrige Steuersätze nach Deutschland gelockt werden können

und dann auch eine relevante Zahl von neuen Arbeitsplätzen schaffen, bleibt ungewiss. So lange jedenfalls, wie eine perfektionistische Arbeits- und Sozialgesetzgebung und ein Übermass an bürokratischer Reglementierung der Wirtschaft nicht im Sinne höherer Effizienz gestrafft worden ist.

Dagegen aber steht der bis heute schier unübersteigbare Betonwall der Besitzstandsmentalität. Da mehren sich neuerdings die Zweifel, ob Helmut Kohl noch genug Elan hat, die Deutschen von ihrem Status-quo-Denken abzubringen und die Weichen so zu stellen, dass die Bundesrepublik jene Leistungskraft wiederfindet, die ihr einst so viel Bewunderung oder auch Neid eingetragen hat.

Solche Zweifel an «unserem Dicken» sind im Kontext mit der Steuerreform neuerdings von einigen Landespolitikern der Union vorgetragen worden. Diese «jungen Wilden» sind so wild nicht, sind eher gesetzte Herren in den frühen Vierzigern oder späten Dreissigern, wie der niedersächsische CDU-Landeschef, Christian Wulff. Ihnen ist die Sorge gemeinsam, dass immer mehr ihrer Wähler dem Kanzler eine starke Hand nicht mehr vertrauen, schon gar nicht, dass es Kohl gelingt, die Massenarbeitslosigkeit einzudämmen, geschweige denn, bis zum Jahr 2000 um die Hälfte zu reduzieren.

Die schon arrierten Unions-Nachwuchspolitikern spüren die Erosion des Ansehens ihrer Partei eher als der Parteichef, der zeitweilig in den Olymp entschwinden zu sein scheint. Auch wichtige Unionspolitiker in Ostdeutschland haben das Gefühl, dass die Interessen ihrer Klientel durch den Kanzler nicht genügend ernst genommen werden. Paradox nur: Sie möchten ihn eigentlich bald schon in allen Ehren verabschieden und werden doch von der Angst geplagt, dass sie ohne Kohl im Herbst 1998 in der Kälte stehen könnten.

Hongkong mit Andreas Kohlschütter
BACKGROUND TOURS
TEL 041/410 0104, FAX 041/410 0107